



„Demokratie-Happen“ - Zusammenfassung

Cellex Stiftung und Freudenberg Stiftung am 28.09.2022 - Deutscher Stiftungstag Leipzig 2022

Expert*innen:

Nina Gbur, Geschäftsführerin Courage - Werkstatt für demokratische Bildungsarbeit e. V.

Der Verein setzt sich seit Ende der 1990er Jahre sachsenweit für politische Bildung, Demokratiestärkung und ein wertschätzendes, diskriminierungsfreies Miteinander ein, u.a. mit Bildungsangeboten in Schulen oder Unternehmen. Zielgruppen der Arbeit sind Schüler*innen, Lehrer*innen, Mitarbeitende in Unternehmen und Verwaltungen. Der Verein ist rein aus Fördermitteln finanziert und beschäftigt ein Team von 25 Personen.

Martina Glass, Geschäftsführerin Netzwerk für Demokratische Kultur, Vernetzungsstelle „Orte der Demokratie“ in Sachsen

Das Netzwerk, 1999 von Jugendlichen in Wurzen gegründet, widersetzt sich rechten Raumgreifungsstrategien vor Ort. Der Verein organisiert Bildungs- und Kulturprojekte, die Demokratie im ländlichen Raum erlebbar machen, und sensibilisiert für Vorurteile und rechten Hass. Seit 2022 ist das Kultur- und Bürger*innenzentrum D5 Wurzen, der Sitz des Vereins und zugleich Veranstaltungsort, einer von 13 (vom Sächsischen Staatsministerium für Justiz, Demokratie, Europa und Gleichstellung geförderten) Orten der Demokratie in Sachsen.

Doritta Kolb-Unglaub, Vorstandsvorsitzende colorido e. V.

Colorido e. V. wurde 2017 in Plauen im Vogtlandkreis von engagierten Menschen gegründet, die sich Rechtsextremismus, Rassismus und Hetze entgegenstellen. Der Verein organisiert Gedenkveranstaltungen, Vorträge und Kundgebungen, die für die rechten Strukturen im Vogtlandkreis sensibilisieren. Er bietet Formate der politischen Bildung an Schulen an oder erarbeitet Theaterstücke, die die Themen Flucht und Migration behandeln. Der Verein ist ausschließlich spendenfinanziert, die Menschen engagieren sich im Ehrenamt für ihre Region.

Robert Kusche, Geschäftsführer RAA Sachsen e. V.

Die RAA Sachsen e. V. wurde 1996 gegründet und ist sachsenweit tätig, insbesondere in Städten, in denen die rechte Szene stark vertreten ist. Handlungsschwerpunkte sind die Städte Hoyerswerda, Wurzen und Plauen. Er berät Betroffene von rechter oder rassistischer Gewalt und unterstützt Menschen, die auf unterschiedlichen Ebenen von Rassismus betroffen sind. Zudem bietet er Fortbildungsformate in Schulen, Jugendeinrichtungen und für spezifische Zielgruppen wie die Feuerwehr an.

Kanwal Sethi, Co-Vorsitzender Dachverband sächsischer Migrant*innenorganisationen e. V.

Der Dachverband ist ein multiethnischer Verband mit dem Ziel, Menschen mit Migrationsgeschichte und Migrant*innenselbstorganisationen in Sachsen zu stärken. Es existieren noch in fast allen Bereichen der Gesellschaft erhebliche strukturelle Defizite für Menschen mit internationaler Biografie. Zumeist werden sie auf Menschen mit Fluchterfahrung reduziert, um sie als „Hilfsbedürftige“ zu stigmatisieren. Der Verein stellt sich diesen Strukturen entgegen und setzt sich für gleichberechtigte Teilhabe und Empowerment dieser Menschen ein.

Moderator*innen:

Katharina Lezius, Stiftung Ein Quadratkilometer Bildung

Silke Lock, Stiftung Ein Quadratkilometer Bildung

Dr. Eva Sturm, Cellex Stiftung

1. Demokratische Initiativen in Ostdeutschland: Das Problemfeld

→ In Ostdeutschland lässt sich seit Corona eine Extremisierung beobachten. Narrative wie „Wir werden behandelt wie Menschen zweiter Klasse“ und „Wir waren 1989 auf der Straße, wir können das wieder“ spielen dabei eine zentrale Rolle.

→ Demonstrationen sind häufig ein Ventil für Unzufriedenheit und Ärger über Entscheidungen oder Herausforderungen, die den Lebensalltag betreffen, seltener ein Ausdruck überzeugter rechter Gesinnung. Doch das geschickte Aufgreifen von Krisenthemen durch die Rechten und das Vermischen mit menschenfeindlichen Argumenten macht es zunehmend schwerer, zwischen Unzufriedenheit und politischer Gesinnung zu unterscheiden.

→ Die vorgebliche Haltung vieler ist es, weder „rechts“ noch „links“, sondern „neutral“ zu sein, tatsächlich jedoch grassieren massive rassistische Vorurteile. Dichotomien nach dem Prinzip „Wir gegen die Anderen“ („unten“/„oben“, „Deutsche“/„Ausländer“) sind weit verbreitet und anschlussfähig an die Mitte.

→ Gerade im ländlichen Raum wird Engagement für Demokratie und gegen rechte Strukturen als „linke Bewegung“ diffamiert, um es nicht anschlussfähig an das bürgerliche Lager zu machen. Die große Polarisierung in der Bevölkerung erschwert die Arbeit in den Kommunen.

→ Die rechten Gruppen und Strukturen, auch die AfD, sind gut organisiert, hervorragend vernetzt und u.a. durch Beziehungen zu lokalen Unternehmern und lukratives Erbschaftsfundraising finanziell in einer deutlich besseren Lage als die demokratischen Initiativen. Diese sind massiv unterfinanziert und oft nur ehrenamtlich aufgestellt.

→ Ehrenamtliche Strukturen im Gemeinwesen wie Kirche, Gewerkschaften oder politische Parteien als korrektive Handlungsorte sind in Ostdeutschland nur schwach ausgeprägt.

→ Durch die Abwanderung junger, gut qualifizierter und politisch gemäßigter Menschen verschiebt sich das politische Kräfteverhältnis weiter.

→ Der Einsatz für Demokratie und Menschenrechte, insbesondere für Menschen mit Migrationsgeschichte, ist mit einer großen Gefährdung des eigenen Lebens und des der Angehörigen verbunden. Die Bedrohungslage ist enorm.

2. Demokratische Initiativen in Ostdeutschland: Die Bedarfe

→ Eine nachhaltige finanzielle Unterstützung, insbesondere auch in Form von institutionellen Förderungen, ist dringend notwendig. Wichtig ist ein Mindestmaß an hauptamtlichen Strukturen, um eine konsequente, strukturierte Arbeit zu ermöglichen.

→ Auch bei der Professionalisierung von Strukturen und Prozessen, z. B. der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit (Social Media) sowie der Verwaltung wird Unterstützung benötigt.

→ Die personelle Besetzung ist für zivilgesellschaftliche demokratische Initiativen besonders zentral: Sie brauchen Mitarbeiter*innen, die hochmotiviert sind und denen ihre Arbeit ein intrinsisches Anliegen ist.

→ Orte und Räumlichkeiten, die z. B. von Wohnungsbaugenossenschaften zur Verfügung gestellt werden könnten, werden für die zivilgesellschaftliche Demokratiewerkarbeit benötigt und würden dieser zu mehr Sichtbarkeit verhelfen.

→ Menschen, die sich für Demokratie und gegen rechte Strukturen im ländlichen Raum einsetzen, muss größerer Schutz durch die öffentliche Hand geboten werden.

→ Auch mehr Rückendeckung aus Westdeutschland, z. B. von öffentlichen Mandatsträger*innen und dem Verfassungsschutz, könnte die Demokratiewerkarbeit in Ostdeutschland stärken.

3. Demokratische Initiativen in Ostdeutschland: Handlungsempfehlungen

→ Demokratiebildung ab dem Kindergarten: Demokratiebildung ist in allen Phasen der Bildungskette zentral. Vereinzelt Ansätze, die erst in der Schule einsetzen, reichen nicht aus. Kinder und Jugendliche müssen demokratische Kontinuitätserfahrungen machen, die auch digitale Demokratiebildung einschließen.

→ Gemeinsam sollte ein Narrativ geschaffen werden, das gerade auch jungen Menschen Lust macht, sich aktiv für die Demokratie einzusetzen.

Begegnungs- und Aushandlungsorte, insbesondere im ländlichen Raum, müssen eingerichtet und langfristig finanziert werden.

→ 5 % Hürde-Fonds: Stiftungen könnten einen Fonds für Kofinanzierungen einrichten, um zivilgesellschaftliche Initiativen in die Lage zu versetzen, Anträge auf staatliche Mittel zu stellen. Dabei handelt es sich um geringe Förderbeträge, die einen starken Hebeleffekt haben können.

→ Langfristige, verlässliche und verstärkt institutionelle Kooperations- und Förderpartnerschaften zwischen Stiftungen und demokratischen Initiativen müssen aufgebaut werden.

→ Um demokratische Kontinuitätserfahrungen für Kinder und Jugendliche im ländlichen Raum zu schaffen, sollten Stiftungen verstärkt miteinander kooperieren, ihre Programme aufeinander abstimmen und bei Förderungen dort anschließen, wo andere Stiftungen aufgehört haben.

→ Stiftungen sollten ihre Arbeit stärker mit den Vereinen und Verbänden vernetzen und einen größeren Fokus auf Partnerschaften als auf die Entwicklung eigener Projekte legen. Kooperationen und Netzwerke müssen großgeschrieben werden, um voneinander zu wissen und zu lernen. Gerade große Stiftungen sollten sich dabei fair verhalten und nicht z. B. Mitarbeiter*innen abwerben.

→ Organisationsentwicklung von Stiftungen: Stiftungen selbst müssen ihre eigenen Glaubenssätze und Handlungsweisen hinterfragen und blinde Flecke hinsichtlich Vorurteilen und Diversität aufdecken.

→ Auf politischer Ebene können Integrationsgesetze wie in Thüringen eine Grundlage dafür schaffen, Konfliktlagen in verschiedenen Lebensbereichen des Zusammenlebens zu regeln.